

Vorlage Nr. 101.19.1355

Sicherheit im Kasseler ÖPNV

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Wir beauftragen den Magistrat in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Digitalisierung zu berichten, in welchem Umfang im Jahr Fahrgäste Opfer von gewalttätigen, rassistischen und sexuellen Übergriffen im Kasseler ÖPNV und im Bereich der Haltestellen geworden sind. Die Überprüfung soll den Zeitraum von 2023 bis heute abdecken. Zusätzlich soll im Bericht dargestellt werden, welche Maßnahmen bereits umgesetzt werden, um die Sicherheit im ÖPNV weiter zu stärken.

Begründung:

Aktuell häufen sich die Meldungen über Übergriffe auf Menschen im ÖPNV, auch in sexueller Hinsicht. Jeder Mensch sollte seine alltäglichen Wege erledigen können ohne Angst haben zu müssen, dennoch werden weltweit Menschen im alltäglichen Verkehr Opfer von gewalttätigen, rassistischen und sexuellen Übergriffen. Daher sollten wir als Kommunalpolitiker einen Einblick auf die aktuelle Lage erhalten, um zu prüfen, ob seitens der Stadtverordnetenversammlung weitere geeignete Präventionsmaßnahmen initiiert werden können.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Holger Augustin

Christine Hesse
Fraktionsvorsitzende B90/Grüne

Eva Koch
Fraktionsvorsitzende B90/Grüne

Holger Augustin
Fraktionsvorsitzender CDU

Sascha Bickel
Fraktionsvorsitzender FDP